Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1998)

Heft: 1: Strom ohne Atom : die neue Initiative

Artikel: Anti-Atom-Initiativen im Rückblick

Autor: Scherer, Leo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586050

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anti-Atom-Initiativen im Rückblick

Drei Anläufe nahmen verschiedene Koalitionen der Anti-AKW- und Umweltbewegung bisher, um mit Initiativen auf Bundesebene die Abkehr vom Atomenergiepfad zu erzwingen. 1990 mit einem wichtigen Teilerfolg: Seither ist der Bau von neuen Atomkraftwerken für 10 Jahre verboten. Die Denkpause neigt sich dem Ende zu. Zeit für einen letzten Anlauf - und einen Blick zurück auf die Bewegung und ihren Umgang mit dem Instrument der Volksinitiative.

Von Leo Scherer, lic. jur., Mitbegründer der Aktion "Beznau Stillegen" und Mitglied des SES-Stiftungsrates

1975/76: Kaiseraugst und Demokratie-Initiative

Bis in die 70er Jahre war das grössenwahnsinnige AKW-Bauprogramm der Schweiz kaum angefochten. Gegen Beznau und Mühleberg gab es keinen nennenswerten Widerstand. Noch sah man in Atomkraftwerken nur ein weiteres Wunder der Technik, noch wusste man kaum etwas vom Katastrophenrisiko und der nicht mehr aus der Welt zu schaffenden Erblast der radioaktiven Abfälle. Doch als Kaiseraugst an die Reihe kam, begann es der Bevölkerung der Region Basel und des aargauischen Fricktals zu dämmern, dass die Atomtechnologie für Mensch und Natur ein unverdaulicher Brocken ist. Schnell wurde auch klar, dass in Sachen Atomenergie keine Demokratie herrscht und mit Rechtsmitteln keine grossen Erfolge zu erringen sind. Also schritt man zur Tat, als die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG im Frühjahr 1975 die Bagger auffuhr – und besetzte kurzerhand das Baugelände. Was als direkte Aktion weniger unentwegter Aktivisten und Aktivistinnen der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK) und radikaler linker Gruppierungen (RML, POCH) begann, wuchs in zehn bewegenden Wochen zur unwiderstehlichen Volksbewegung heran, deren Widerborstigkeit ins ganze Land ausstrahlte. Tausende machten die Erfahrung, dass die Konfrontation mit der Staatsmacht etwas bringt. Das AKW Kaiseraugst war vorerst blockiert.

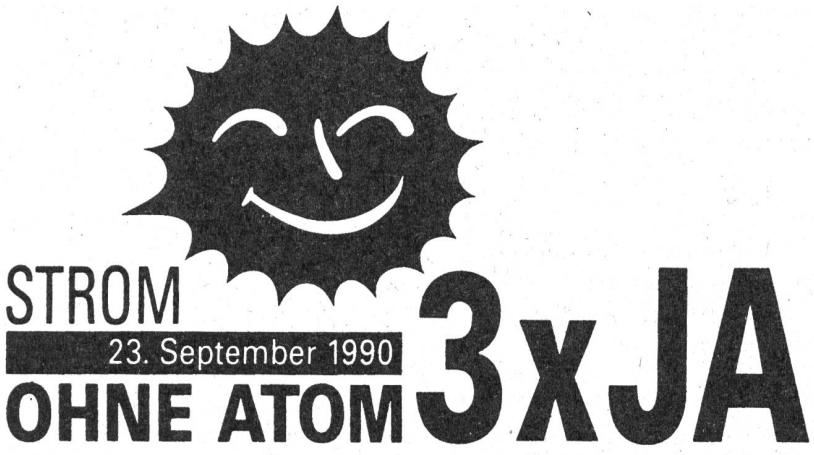
Aus dieser Stärkeposition heraus lancierten "gemässigte" Kreise um das Nordwestschweizerische Aktionskomitee gegen AKW (NWA) im Juni 1975 die "Atomschutz"-Initiative. Sie sollte den Standortregionen ein demokratisches Vetorecht gegen AKW oder Atommülllager verschaffen. Eine Kaiseraugst-Klausel stellte sicher, dass auch dieses hart umstrittene Projekt durch Volksabstimmungen in der Standortgemeinde, den Nachbargemeinden, dem Standortkanton und allen weiteren Kantonen im Umkreis von 30 km hätte gehen müssen. Eine reichlich umständliche Prozedur, die sich im Abstimmungskampf als wesentliche Angriffsfläche erwies. Trotzdem erzielte die Initiative im Februar 1979 mit 48,8 % Ja-Stimmen ein sehr gutes Resultat. Innerhalb von zwei Jahrzehnten hatte die Stimmung gedreht, erhielt doch 1957 der Atomartikel noch 77,3% Ja. Die Atomenergie war nicht mehr mehrheitsfähig. Aus dieser Patt-Situation sollte die Atomwirtschaft nie mehr herausfinden.

1980: Doppelintiative Anti-Atom und Energie

Ermutigt durch dieses Resultat und getrieben durch die Beinahe-Katastrophe im AKW Three Mile Island (Harrisburg, USA) bereitete man bald einen neuen Vorstoss vor, der Kaiseraugst und das AKW-Programm endgültig kippen sollte. Diesmal in einem breiten Diskussionsprozess, der zur Zerreissprobe wurde. Der "fort-

Als an Ostern 1975 die Bagger der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG auffuhren, besetzten AktivistInnen das Gelände

Bild: keystone



Das Logo der 3xJa-Kampagne zur Abstimmung vom 23. September 1990

schrittliche" radikalere Teil der Anti-AKW-Bewegung war gegenüber diesem Instrument skeptisch. Zu diskutieren gab insbesondere die Frage, ob eine neue Initiative die Mobilisierung der Bewegung mehr behindern als fördern würde, wenn die Bauarbeiten in Kaiseraugst wieder aufgenommen werden sollten. In diesem Fall, so die Überzeugung der "Fortschrittlichen", konnte nur die direkte Aktion, also eine erneute Besetzung des Bauplatzes, den Bau stoppen. Zu diskutieren gab aber auch der Inhalt. Wenn schon wollten die "Fortschrittlichen" eine Initiative, die klar und direkt den baldigen Ausstieg aus der Atomenergie anpeilte.

Die Umweltorganisationen und der "gemässigte" Teil der Bewegung hatten mit der Dynamik von direkten Aktionen ihre Mühe. Sie bestanden inhaltlich auf Forderungen, die in der Abstimmung eine reale Erfolgschance hätten. Da eine Einigung nicht zustande kam, lancierte diese Koalition 1980 die beiden Initiativen für eine "Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und für eine "sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung". Erstere verbot lediglich neue sowie die Ersetzung der bestehenden AKW und überliess die Stillegungsfristen dem Gesetzgeber. Letztere wollte die Energieversorgung in Richtung erneuerbare Energien und mehr Effizienz umbauen und so überhaupt erst die Grundlagen für eine Zukunft ohne Atomenergie schaffen. Sie enthielt eine Energiesteuer, die – obwohl der Grundbedarf steuerfrei sein sollte – als neue indirekte Steuer hart umstritten war, denn erst kurz zuvor war ein Mehrwertsteuer-Paket an der Urne gescheitert. Ein Teil der "fortschrittlichen" Kräfte ging mit einer Stilllegungs-Initiative einen eigenen Weg, scheiterte aber schon in der Unterschriftensammlung. Andere "Fortschrittliche" unterstützten nur die Anti-Atom-Initiative und distanzierten sich von der "schwammigen" Energie-Initiative. Im Abstimmungskampf wurde die Energie-Initiative als Versuch, das Wirtschaftssystem zu einer Planwirtschaft umzukrempeln, gebrandmarkt. Der Anti-Atom-Initiative wurde vorgeworfen, das Waldsterben noch zu beschleunigen, weil sie eine angeblich saubere Energiequelle verbiete, welche einen wesentlichen Beitrag zu Verminderung der Luftschadstoffe leisten könnte. Sie erhielt im September 1984 45,0% Ja-Stimmen, die Energie-Initiative 45,8%. Das Patt blieb trotz dem leichten Rückgang der Ja-Stimmen bestehen.

1986: Moratorium versus Ausstieg

Das Ringen um Kaiseraugst und Graben ging weiter. Rahmenbewilligungsgesuche, Bedarfsnachweise, Verzichtsverhandlungen und Verzicht auf Verzichtsverhandlungen. Zehntausende von Einwendungen, Grossdemonstrationen auf den Bauplätzen. Und wieder die Diskussion um eine neue Anti-Atom-Initiative. Vorgeschlagen wurde vom NWA eine Moratoriums-Initiative (10 Jahre Baustopp für neue AKW mit Kaiseraugst-Klausel) – als am 26. April 1986 die Explosion des Reaktors Nummer 4 in Tschernobyl die Welt erschütterte. Nun brachte die SP Schweiz eine Ausstiegs-Initiative aufs Tapet, allerdings ohne verbindliche Stillegungsfristen. Wieder konnte sich die Atomenergiegegnerschaft nicht auf einen einzigen Vorstoss und ein gemeinsames Vorgehen einigen. Lanciert wurden schliesslich beide Initiativen. Im Abstimmungskampf wurde das Moratorium dem Ausstieg gleichgesetzt. Pro oder contra Atomenergie, das sei die Frage. In der denkwürdigen Abstimmung vom 23. September 1990 erreichte das Moratorium dann aber eine Mehrheit von 54,5 %, während der Ausstieg mit 47,1 % wiederum nur knapp scheiterte. Damit war die Patt-Situation, welche die Anti-AKW-Bewegung mit der Kaiseraugster Besetzung, den Volksinitiativen und vielen kleinen und grossen Mobilisierungen erzwungen hatte, in der Verfassung festgeschrieben. An AKW-Neubauten war nicht mehr zu denken, die Atomlobby musste sich auf die Durchhalteparole "Option Kernenergie offenhalten" zurückziehen. Und die Bewegung konnte ihr Hauptaugenmerk nun für einige Jahre auf die bestehenden Atomkraftwerke, besonders die drei alten, und das Programm Energie 2000 richten. ❑